

Die Ostseegaspipeline

Instrument der Versorgungssicherheit oder politisches Druckmittel?

Roland Götz

Als am 8. September 2005 in Berlin im Beisein von Bundeskanzler Schröder und Präsident Putin Vertreter der beteiligten Unternehmen eine Absichtserklärung zum Bau einer Erdgaspipeline durch die Ostsee unterzeichneten, fiel der Startschuß für ein seit Jahren diskutiertes Projekt. An ihm ist der russische Gaskonzern Gazprom insofern stark interessiert, als mit dem geplanten Leitungsverlauf Belarus, Polen und die Ukraine umgangen werden, durch die bislang alle Gasfernleitungen von Rußland nach Westeuropa führen. Die deutsche Versorgungssicherheit wird durch den neuen Transportweg jedenfalls nicht besser gewährleistet als durch den alternativen Ausbau des Landpipelinetzes. Dem in den Transitländern entstandenen Eindruck, Deutschland und Rußland setzten sich über ihre Interessen hinweg, könnte entgegengewirkt werden, indem man sie künftig in den deutsch-russischen Energiedialog einbezieht.

In den neunziger Jahren wurden die russisch-ukrainischen Beziehungen regelmäßig durch die unerlaubte Entnahme von Erdgas aus den Transitpipelines auf ukrainischem Territorium belastet. Dieses Ärgernis gab 1997 den Anstoß für ein Jointventure zwischen der finnischen *Neste Oy* (später *Fortum*) und der russischen *Gazprom*, das den Bau der »North Transgas Pipeline« oder »Nordeuropäischen Gaspipeline« (NEGP) zum Ziel hatte. Gedacht war damals an eine Gaspipeline, die von Rußlands riesigem, noch unerschlossenem Schtokman-Gasfeld in der Barentssee über Finnland zur russischen Ostseeküste und von dort mit einer Abzweigung nach Schweden durch die Ostsee bis nach Deutschland und Dänemark führen sollte.

Im Dezember 2000 verlieh die EU dem Vorhaben den Status eines »Trans-European Network«-Projekts. Im April 2001 beschloßen *Gazprom*, *Fortum* sowie die neu hinzugekommenen deutschen Partner *RuhrGas* und *Wintershall* die Erstellung einer gemeinsamen Machbarkeitsstudie. Obwohl sich die EU im Juni 2003 bereit erklärt hatte, die Studie zu finanzieren, kam sie nicht zustande. Ebenfalls im Juni 2003 wurde anlässlich Putins Londonbesuch ein russisch-britisches Vorabkommen über die Pipeline unterzeichnet. Hintergrund ist Großbritanniens absehbares Gasdefizit, das es gerne mit russischem und norwegischem Gas ausgleichen möchte. Im Oktober 2003 bekundeten *TotalFinaElf* sowie *RoyalDutch Shell* ebenfalls ihr Interesse an dem Projekt.

Die Nordeuropäische Gaspipeline

Das Projekt umfaßt auf russischem Gebiet eine rund 900 km lange Anbindung an das russische Netz, eine rund 1200 km lange Unterwasserleitung von Wyborg nach Greifswald sowie eine Verbindung mit dem deutschen Leitungsnetz, von wo Erdgas bis Großbritannien weitertransportiert werden kann. Abzweigungen nach Finnland, Kaliningrad und Schweden sind ebenfalls vorgesehen. Die Kosten werden – je nach Ausbaustufe – mit 2 bis 6 Mrd. US-Dollar beziffert. Eine Landpipeline gleicher Länge würde deutlich billiger sein, allerdings würden dabei Transitgebühren anfallen. 2010 soll ein erster Leitungsstrang mit einer Kapazität von 27,5 Mrd. m³ pro Jahr in Betrieb gehen, später soll ein zweiter Strang die Kapazität auf 55 Mrd. m³ erhöhen. Vielleicht die Hälfte dieser jeweiligen Kapazität

stünde deutschen Abnehmern zur Verfügung.

Zur Einordnung: Deutschland importiert 2005 rund 95 Mrd. m³ Erdgas, davon über 40 Mrd. m³ aus Rußland. Die deutschen Erdgasimporte insgesamt dürften bis 2010 auf 105 Mrd. m³ und bis 2030 auf 150 Mrd. m³ ansteigen, wovon voraussichtlich rund die Hälfte aus Rußland kommen wird.

Im Zusammenhang mit dem Projekt sind auch Investitionen von *Wintershall* zur Erschließung des westsibirischen Jushno-Russkoje-Gasfelds geplant, das die Pipeline 30 Jahre lang mit 25 Mrd. m³ Erdgas pro Jahr versorgen kann. *Gazprom* hält eine Mehrheit von 51% am Grundkapital des Joint-ventures, die restlichen 49% teilen sich *Wintershall* und *E.ON/Ruhrgas* bzw. stehen für weitere Partner offen.

Im März 2004 beschloß *Gazprom*, beim Shtokman-Gasfeld in der Barentssee Flüssiggas (Liquified Natural Gas, LNG) herzustellen, das sich per Tanker transportieren läßt. Weil eine Landpipeline über Finnland damit entbehrlich wurde, zog sich die finnische *Fortum* zurück. Die Pipeline soll nun an das bestehende russische Fernleitungsnetz angebunden werden. Statt exklusiv aus dem gigantischen Offshore-Gasfeld Shtokman wird das Erdgas nunmehr aus der westsibirischen Gasregion kommen, aus der auch die nach Westen führenden Landpipelines gespeist werden. Die deutschen Energiekonzerne, allen voran *E.ON/Ruhrgas*, tatkräftig unterstützt vom Vorsitzenden des Ost-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft, Klaus Mangold, trieben das Projekt voran und booteten nach und nach die ausländische Konkurrenz aus – man konnte jedoch aus einer anderen Perspektive auch zu der Auffassung kommen, daß es der russischen *Gazprom* gelang, ihr Lieblingsprojekt meistbietend zu verkaufen.

Während sich Außenstehenden die Attraktivität des vergleichsweise teuren Vor-

habens für die westlichen Partner nicht leicht erschließt, erscheint die Interessenlage der russischen Seite eher durchsichtig.

Russische Interessen

Für *Gazprom* und den Kreml steht die Tatsache im Vordergrund, daß mit der Ostseepipeline die herkömmlichen Transitländer Ukraine, Belarus und Polen umgangen werden. Dies stärkt die Position des russischen Gaskonzerns bei den Verhandlungen über die Gastransitgebühren, der darüber hinaus den noch niedrigen Preis des an Belarus und die Ukraine für deren Inlandsverbrauch gelieferten Gases leichter an den Weltmarktpreis anpassen kann. Bei einer Unterbrechung der über Land führenden Leitungen wäre eine Ersatzkapazität vorhanden – freilich ist sehr unwahrscheinlich, daß es wegen politischer Händel jemals dazu kommen würde.

Die Ostseegaspipeline sieht außerdem eine Abzweigung zum Gebiet Kaliningrad vor, das bislang über Belarus und Litauen mit russischem Gas versorgt wird, und dient daher einem geostrategischen Inter-

esse Rußlands. Aus russischer Sicht stellt die Ostseepipeline einen Schachzug im Wettstreit um sein westliches Vorfeld dar, denn das ökonomische Gewicht der Transitstaaten wird gemindert, ihr Spielraum für potentiell gegen Rußland gerichtetes politisches Agieren eingeschränkt.

Alternativrouten, Interessen und Befürchtungen der Gastransitländer

Der Hauptteil des von Rußland nach Westeuropa exportierten Gases – 115 Mrd. m³ – fließt durch das ukrainische Gastransportnetz. Dieses Netz ist auf eine Exportkapazität von 175 Mrd. m³ ausgelegt, die nach Überholung der Pipelines und durch den Bau von Kompressorstationen erreicht werden könnte. Für die Rekonstruktion und Modernisierung des ukrainischen Gastransportnetzes war bereits im Juni 2002 zwischen dem vormaligen Präsidenten Kutschma, dem russischen Präsidenten Putin und Bundeskanzler Schröder ein russisch-ukrainisch-deutsches »Gastransportkonsortium« vereinbart worden, dessen genaue Aufgabe aber nicht geklärt wurde. Da die von Rußland favorisierte Vergabe des ukrainischen Pipelinenetzes in Konzession an Rußland in der Ukraine keine Unterstützung fand, sank auch das russische Interesse an dem Konsortium. Nur der Bau eines Teilstücks einer Gasfernleitung aus Turkmenistan über Rußland in die Ukraine wird von der russischen Seite unter diesem Etikett weiterbetrieben.

Aber nicht nur die ukrainische, auch die entsprechende weißrussisch-polnische Alternativlösung liegt auf Eis. Nachdem 2005 die erste Ausbaustufe der durch Belarus und Polen führenden Gasfernleitung »Jamal-Europa« abgeschlossen sein wird, kann Deutschland mit 30 Mrd. m³ Gas pro Jahr aus den westsibirischen Feldern (allerdings noch nicht von der Jamal-Halbinsel) beliefert werden. Von Anfang an war daran gedacht gewesen, einen zweiten Leitungsstrang gleicher Kapazität hinzuzufügen. *Gazprom* ist an dieser Option nicht mehr interessiert, weil es der Ostseepipeline Prio-

rität einräumt, und auch weil es um die Beziehungen Rußlands zu Belarus und Polen derzeit nicht zum Besten steht: Rußland verübelt Polen dessen Unterstützung der ukrainischen »Kastanienrevolution«, und Lukaschenko setzt um der innenpolitischen Machterhaltung willen auf Konfrontation mit Moskau.

Ein drittes Projekt ist die seit 2004 von Polen, der Ukraine und den Baltischen Staaten ins Gespräch gebrachte »Amber«-(Bernstein)-Pipeline, die von Rußland kommend durch Lettland und Litauen nach Polen führen und dort parallel zur bestehenden Jamal-Europa-Pipeline verlaufen soll. Jedoch gibt es mangels russischen Interesses keine realen Aussichten, daß diese Transportvariante realisiert wird.

Da Rußland seine Gaslieferungen nach Westeuropa, dem dortigen Bedarf entsprechend, von derzeit 140 Mrd. m³ bis 2010 auf 190 Mrd. m³ und bis 2020 auf über 200 Mrd. m³ erhöhen will, müssen auch die Transportmöglichkeiten erweitert werden. Dazu müßten entweder die Pipelinekapazitäten durch Belarus/Polen und die Ukraine vergrößert werden oder man müßte Erdgas in Flüssiggas umwandeln, das von den Gasfeldern in der Barentssee bzw. auf der Jamal-Halbinsel per Schiff auf den Weltmarkt und damit auch nach Europa gelangen kann. Dann allerdings würden weitere Gaspipelines aus Rußland Richtung Westen wohl nicht mehr gebaut werden. Das politisch/ökonomische Gewicht der osteuropäischen Transitländer würde entsprechend abnehmen.

Deutsche und europäische Interessen

Die europäischen Länder sind sehr an einer Diversifizierung ihrer Energieexporte interessiert und damit auch an einem gewissen Maß an Vielfalt von Versorgungsrouten. Daher wurde seitens der EU die Idee der Ostseegaspipeline von Anfang an unterstützt. Seit dem russischen Entgegenkommen im Prozeß der deutschen Einheit hat Deutschland besonders gute Beziehungen

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2005
Alle Rechte vorbehalten

SWP
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3-4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

ISSN 1611-6364

zu Rußland und strebt im Rahmen einer »strategischen Partnerschaft« auch eine »Energiepartnerschaft« an. Die Ostseepipeline wird von beiden Seiten als Instrument und Element dieser doppelten Partnerschaft gesehen. Deutsche Energie-Unternehmen erhoffen sich von der neuen Pipeline eine Garantie für die sichere und langfristige Versorgung mit russischem Erdgas, die deutschen Investitionsgüterlieferanten spekulieren auf interessante Aufträge. Da die Wirtschaftsbeziehungen zwischen Deutschland und Rußland vorwiegend durch mittlere Unternehmen und entsprechend bescheidene Investitionsprojekte geprägt sind, erfüllt die Ostseepipeline für die deutsche Rußlandpolitik die Funktion eines »Leuchtturmprojekts«.

Über die Ostseepipeline werden ab 2010 maximal 20% aller Erdgasimporte Deutschlands bzw. 40% der deutschen Erdgasimporte aus Rußland strömen. Das Argument, die Ostseepipeline erhöhe die Energiesicherheit Deutschlands, greift dennoch nicht: Auch die über Land von Rußland nach Westen führenden Gaspipelines sind sicher und könnten erweitert werden. Für die Energiesicherheit Deutschlands und Europas viel entscheidender ist, daß zusätzliches Erdgas auch in Rußland nur zu immer höheren Förderkosten gewonnen werden kann und daß der steigende russische Binnenverbrauch die Exportmöglichkeiten begrenzen wird.

Eine sichere Versorgung Deutschlands mit Erdgas kann ohnehin nicht allein durch die Reserven Rußlands und dessen Lieferwilligkeit gewährleistet werden. Erforderlich sind vermehrte Lieferungen aus Afrika, dem Nahen Osten und Iran, wobei das weltweit transportable Flüssiggas eine immer bedeutendere Rolle spielen wird. Erst eine solcherart fortschreitende regionale Diversifizierung der deutschen Erdgasbezüge erhöht tatsächlich die Sicherheit der deutschen Energieversorgung.

Während die volkswirtschaftlichen Vorteile der Ostseepipeline insofern kaum spektakulär zu nennen sind, treten die von ihr verursachten außenpolitischen »Kollate-

ralschäden« um so klarer zutage: Das Vorhaben verschlechtert faktisch die Position der östlichen Nachbarstaaten Deutschlands gegenüber Rußland und schürt deren Mißtrauen in Deutschlands außenpolitische Ziele. Besonders in Polen schlagen die Wogen der Empörung hoch, da tiefsitzende Aversionen gegen die beiden mächtigen Nachbarn wiederbelebt werden, die sich in der Geschichte schon mehrfach auf Polens Kosten geeinigt haben. Der EU und insbesondere Deutschland kann es nicht gleichgültig sein, wie die EU-Mitglieder Polen, Estland, Lettland und Litauen das in ihren Augen gegen ihre Interessen gerichtete Pipelineprojekt bewerten. Ebensowenig sollten sich die europäischen Länder über die in der Ukraine gehegte Furcht vor einer energiepolitischen Marginalisierung hinwegsetzen.

Schadensbegrenzung

Das zum Politikum gewordene Projekt sollte Anlaß sein, die deutsche Rußland- und Osteuropapolitik auf dem Energiesektor künftig besser zu koordinieren und sie den osteuropäischen Partnern genauer zu erläutern. Es böte sich an, den deutsch-russischen Energiedialog für die Transitländer zu öffnen und stärker mit dem parallelen EU-Rußland-Energiedialog zu verzahnen. Man könnte außerdem das Projekt des ukrainisch-russisch-deutschen Gastransportkonsortiums in einen derart erweiterten Energiedialog einbeziehen und dieses Projekt wieder aufleben lassen. Der Balanceakt deutsch-russischer Beziehungen innerhalb der EU-Nachbarschaftspolitik müßte künftig mit einem Maß an Feingefühl vollzogen werden, das im Falle der Ostseepipeline bislang gefehlt hat. Auf diese Weise ließe sich der fatale Eindruck vermeiden, Deutschland beschreite auf dem wichtigen Energiegebiet einen Sonderweg außerhalb des Feldes europäischer Ostpolitik.